

**Pressemitteilung zur 12. Sitzung des
Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit
am 20. Januar 2006**

In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit in öffentlicher Sitzung mit der Anmeldung des Freistaates Thüringen zum Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2006 bis 2010. Mit 22,1% Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung hat Thüringen auch dank früherer Rahmenpläne den Anschluss an die alten Länder bei dieser wichtigen Kennziffer erreicht. Die vorgelegte Planung zielt darauf ab, diese Entwicklung durch nachhaltige Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur zu verbreitern und zu verstetigen. „Jetzt kommt es darauf an, dass die neue Bundesregierung und die Europäische Union auch die finanziellen Rahmenbedingungen rechtlich fixieren, die für die Planungssicherheit dieser Gemeinschaftsaufgabe im Freistaat notwendig sind“, so der Ausschussvorsitzende Dr. M. Krapp mit Blick auf den noch zu beschließenden Bundeshaushalt 2006 und auf die Etatdiskussionen im Europäischen Parlament.

Weiterhin befasste sich der Ausschuss zum wiederholten mal mit Entwürfen zu einem Thüringer Vergabegesetz und mit der Frage der Anerkennung wirtschaftsfreundlichen Verwaltungshandelns. Währendem zum Vergabegesetz weiterer Informationsbedarf einzelner Fraktionen besteht, wurde eine Beschlussempfehlung für „Wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln in Thüringen“ einvernehmlich angenommen. Darin wird die Landesregierung gebeten, Initiativen der Kammern und Verbände der Wirtschaft und der Kommunen einschließlich der öffentlichen Würdigung von erfolgreichen Praxisbeispielen, wie z.B. die „Modellregion Mittelthüringen“ zu unterstützen.

Zum Komplex Wettbewerbskontrolle im Energiesektor berichtete die Landesregierung dem Ausschuss über das kürzlich mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit abgeschlossene „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“. Zu den immer dringender werdenden Sorgen nach verbraucherfreundlichen und marktgerechten Erdgaspreisen in Thüringen wurden ein Fragekatalog und eine Liste der zu befragenden Institutionen erarbeitet. In einer alsbald anzuberaumenden Anhörung will sich der Ausschuss ein Bild von Situation und Perspektive der Preisentwicklung dieses gleichermaßen für den privaten wie auch für den wirtschaftliche Sektor wichtigen Energieträgers in Thüringen machen.

Dr. M. Krapp,
Erfurt, den 20.01.2006